

Von nützlichen und unnützen MigrantInnen

Interview mit Herbert Langthaler (asylkoordination Österreich)

Kurswechsel: Punkto MigrantInnen- und Migrations-Politik scheint die neue schwarz-blaue Regierung keine nennenswerten Akzente gesetzt zu haben. Liegt das daran, daß die Politik der Vorgänger-Regierung nicht wesentlich von den Vorstellungen der neuen Koalitionspartner abweicht? Oder daran, daß die neue österreichische Regierung in diesem Bereich besonders darauf bedacht ist, internationale Kritik zu vermeiden, da sie weiß, daß sie auf diesem Gebiet unter besonders genauer Beobachtung steht?

Langthaler: Ich glaube, daß sich vielleicht die Vorstellungen nicht wirklich decken. Letztendlich ist der zugrundeliegende Mix aus Machbarkeitswahn und Paranoia wohl doch sehr ähnlich. Geht es bei den einen mehr um die Reinhaltung des völkischen Erbes, glauben die anderen, Migration ließe sich durch restriktive Gesetze und ein möglichst unmenschliches Grenz- und Asylregime steuern. Ein gutes Beispiel, wie die sozialdemokratische Reichshälfte weiterhin an der rassistischen Konstruktion des den Arbeitsplatz des ordentlichen Österreichers bedrohenden Osteuropäers weiterbastelt, ist die ständige Warnung der Arbeiterkammer vor den Folgen der EU-Osterweiterung für den österreichischen Arbeitsmarkt.

Die Weisung des Sozialministers vom Sommer, die MigrantInnen, die sich fünf Jahre legal in Österreich aufhalten, den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert, war vermutlich auch nur möglich, weil die jetzige Koalition auf den ÖGB weniger Rücksicht nehmen muß. Es würde mich nicht wundern, wenn die unsinnige Doppelquote, die Tausende (vor allem Frauen) für Jahre zur Untätigkeit verurteilt, unter Schwarz-Blau endlich abgeschafft werden würde.

Natürlich spielt auch die internationale Beobachtung eine gewisse Rolle. Aber: Die Zustände in der Bundesbetreuung, die mangelnden Möglichkeiten für politische und wirtschaftliche Partizipation für MigrantInnen, die de facto Null-Zuwanderung etc. sind alles Maßnahmen, die bereits seit Jahren in Kraft sind.

Kurswechsel: Wenn es gegenüber der alten Regierung wenig Änderungen im materiellen gibt, gibt es irgendwelche Änderungen im diskursiven Bereich? Welche Rolle wird »Ausländerpolitik« in den Strategien der Regierung spielen?

Langthaler: Im Diskurs um Zuwanderung können wir im gesamten EU-Raum einen Paradigmenwechsel beobachten. Es wird vermehrt darauf hingewiesen, daß Zuwanderung aus gewissen Gründen notwendig ist, allerdings ist das sehr stark mit der Rede von »nützlicher« Zuwanderung verbunden – was impliziert, daß es nützliche und unnütze MigrantInnen gibt. Nützlich sind die jungen, gut ausgebildeten, die »unsere« Pensionen sichern und irgendwelche Computer programmieren.

Nur – die indischen Computerfachleute kommen nicht nach Deutschland oder Österreich, weil die verdienen in den USA mehr, haben dort eine größere Community und müssen sich nicht die Zumutung gefallen lassen, womöglich nach fünf Jahren wieder nach Indien geschickt zu werden, auch wenn sie das vielleicht gar nicht wollen.

Unnützlich sind in diesem Diskurs die, die ihre Nützlichkeit für die heimische Wirtschaft erst durch ihre Illegalisierung erlangen, weil sie als Teil der neuen Unterlassen als LandarbeiterInnen, Bauhilfsarbeiter, Haushaltshilfen oder Kindermädchen billige Arbeitskraft liefern.

Unnützlich – und da bin ich als jemand, der im Flüchtlingsbereich arbeitet, natürlich besonders sensibel – sind auch die Flüchtlinge, die außer ihrem Schutzbedürfnis oft nicht viel mehr mitbringen. Da besteht die Tendenz – aber auch das ist kein rein österreichisches Phänomen und schon gar keines, das erst mit der jetzigen Regierung angefangen hätte – das international garantierte Recht der Flüchtlinge auf Schutz vor Verfolgung zu einem politischen Gnadenakt der Aufnahmeländer umzudeuten.

Hier wären vielleicht doch zwei Verschärfungen der letzten Monate zu erwähnen: Einerseits wurde der Tagsatz für die Bundesbetreuung (staatliche Versorgung, in deren Genuß allerdings weniger als die Hälfte der AsylwerberInnen kommt) deutlich heruntergesetzt, andererseits wurden der Integrationsbeirat und der Asylbeirat fusioniert, wobei die Beteiligung der NGOs verringert wurde.

Kurswechsel: Du hast den vor allem in Deutschland und schließlich auch in Österreich letztes Jahr diskutierten Vorschlag angesprochen, bevorzugte Einwanderungsbedingungen für MigrantInnen mit IT-Kenntnissen zu schaffen. Sind die BefürworterInnen eines solchen Vorschlags nun die neuen Anti-RassistInnen oder handelt es sich einfach um eine andere Form von Rassismus?

Langthaler: In Österreich scheint mir diese Diskussion speziell absurd zu laufen. Ich frage mich oft, ob dieser Bedarf an Spitzen-IT-Fachleuten überhaupt besteht, oder ob die nicht eher Telefonisten in Call Centers oder ähnliches brauchen. Die FPÖ gemeinsam mit AK und ÖGB wollen »unsere« Arbeitsplätze schützen, die Wirtschaft ruft nach Indern ...

Sicher ist diese an ökonomischen oder demographischen Notwendigkeiten orientierte Diskussion nichts antirassistisches, schon allein deswegen, weil sie immer mit einem Revival des Gastarbeitermodells verbunden wird. Die IT-Inder in der BRD sollen ja auch nur fünf Jahre bleiben dürfen, kein Bürgerrecht bekommen, nicht wählen dürfen etc. Dieser Ausschluß, den ja auch das Gastarbeiterregime der 60er Jahre praktiziert hat, ist natürlich zutiefst rassistisch.

Kurswechsel: Was hat sich für antirassistische Arbeit unter Schwarz-Blau geändert?

Langthaler: Absurder Weise sind die Bedingungen eher besser geworden. Auf der einen Seite gibt es ein erhöhtes Problembewußtsein und mehr Engagement. Auf der anderen Seite steht Österreich auf diesem Gebiet unter internationaler Beobachtung, die bescheidenen Mittel in diesem Bereich werden also eher nicht gekürzt. Dazu kommt, daß Staaten und Organisationen wie Kanada, die USA oder die Anti Defamation League (ADL) aus den USA österreichischen NGOs Unterstützung und Know How zur Verfügung stellen und bei hiesigen Ministerien

massives Lobbying betreiben. Wir von der Asylkoordination waren z. B. letztes Jahr zweimal in den USA und einmal in Kanada eingeladen.

Das bedeutet aber nicht, daß die Bedingungen, wenn die »Normalisierung« fortschreitet, sich nicht irgendwann einmal kräftig verschärfen, wobei davon sicherlich die MigrantInnen, die für ihre Rechte eintreten, die ersten wären, die diesen Druck spüren würden, schon allein weil sie eine rechtlich viel schlechtere Position haben als die Eingeborenen.

7.-8. Juni 2001, Raiffeisen Landesbank OÖ, Linz:

Reform des Gesundheitswesens.

Wer profitiert – wer verliert?

5. Wissenschaftliche Jahrestagung der Österreichischen Gesellschaft für Gesundheitswissenschaften & Public Health

Schwerpunkthemen der Tagung: Outcomeorientierte Steuerung; Zugang zur gesundheitlichen Versorgung – Sozioökonomische Determinanten; Gesundheitswesen zwischen Angebots- und Nachfragesteuerung; Prävention – Gesundheitsförderung; Primary Health Care Modelle

Teilnehmerbeitrag ATS 800,-, Anmeldung: Frau Susanne Lilpop, OÖ Gebietskrankenkasse, c/o ÖGGW&PH, Gruberstraße 77, 4021 Linz, Tel: 0732/7807-3289, Fax: 0732/7807-3246, e-mail: susanne.lilpop@oegkk.at

Besuchen Sie auch unsere Homepage: www.oeph.at